

81. BEILAGE IM JAHRE 2001 ZU DEN SITZUNGSBERICHTEN  
DES XXVII. VORARLBERGER LANDTAGES

**Selbständiger Antrag der Abg Mag Siegfried Neyer, KO Dieter Egger, FPÖ;  
Gottfried Schröckenfuchs, KO Gebhard Halder, ÖVP; KO Dr Günther Keckeis,  
Dr Elke Sader, SPÖ, und Sabine Mandak, Die Grünen**

An das  
Präsidium des  
Vorarlberger Landtages  
6900 Bregenz

Bregenz, am 6. Dezember 2001

**Betreff: Abwehr von Atomgefahr.**

Sehr geehrter Herr Präsident!

Das Land Vorarlberg ist seit den 70er Jahren ein Vorreiter gegen die sogenannte friedliche Nutzung der Kernenergie. So hat das Land Vorarlberg auch bei der Volksabstimmung über das Atomkraftwerk Zwentendorf im Jahr 1978 den Ausschlag zu einem „Nein“ gegeben. Dieser Tradition folgend, hat Vorarlberg immer wieder seine Stimme gegen den Neubau von Atomkraftwerken und den dazugehörigen Anlagen erhoben. Dies geschah auch im Falle des Atomkraftwerks Temelin, das nun seit längerem in Probetrieb ist und durch ständige Pannen auffällt. Im Abkommen von Melk, das von den Regierungschefs Österreichs und Tschechiens am 12. Dezember 2000 abgeschlossen wurde, ist eine Sicherheitsüberprüfung von Temelin vorgesehen.

Die Terroranschläge vom 11. September d.J. zeigen ein neues, bisher nicht berücksichtigtes Gefahrenpotential für Atomkraftwerke und ähnliche Anlagen auf. Die Betonhülle westeuropäischer Atomkraftwerke sollte zwar dem Aufprall eines Kampfflugzeuges standhalten, ein vollbetanktes Passagierflugzeug würde diese Hülle jedoch zerstören und zu einer Freisetzung des radioaktiven Inventars des AKWs führen. Diese Meinung vertreten jedenfalls namhafte deutsche Experten. Weit gefährlicher, was die Verletzbarkeit durch Terroranschläge betrifft, sind die geplanten atomaren Zwischenlager in Deutschland. Hier hat die Vorarlberger Landesregierung im Rahmen der grenzüberschreitenden UVP-Verfahren bereits rechtliche Möglichkeiten ergriffen.

Ein weiteres Problem ergibt sich aus der Tatsache, dass in der EU zwar alle möglichen Nebensächlichkeiten reglementiert werden, für Sicherheitsbestimmungen von Atomkraftwerken jedoch keine einheitlichen, europaweiten Regelungen existieren. Auf dieses Manko hat selbst EU-Kommissar Vitorino vor dem Straßburger

Parlament hingewiesen. Europa braucht rasch ein klares und transparentes Ausstiegszenario aus der Atomenergie.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichnenden Abgeordneten folgenden

## **A N T R A G**

Der Vorarlberger Landtag wolle beschließen:

Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert, folgende Aktivitäten zu setzen:

1. Vorarlberg soll sich gemeinsam mit dem Bund und den anderen Ländern vehement gegen die Errichtung der geplanten Atommüllzwischenlager in Süddeutschland aussprechen und alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Gefahren für Vorarlberg abzuwehren.
2. Vorarlberg soll sich gemeinsam mit dem Bund und den anderen Ländern vehement gegen die Errichtung des geplanten Atommüllendlagers in der Schweiz aussprechen und alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Gefahren für Vorarlberg abzuwehren.
3. Die Europäische Union soll veranlasst werden, europaweit verbindliche hohe Standards für den Betrieb von AKWs und von Wiederaufbereitungsanlagen einzuführen, die auch die Möglichkeit von Terroranschlägen, wie jener vom 11. September 2001, berücksichtigen.
4. Die österreichische Bundesregierung wird ersucht, vor dem Hintergrund der aktuellen Verhandlungen mit der tschechischen Republik bezüglich des KKW Temelin ihre Position im Hinblick auf die Nullvariante und ihre Bereitschaft, die tschechische Republik – beispielsweise im Rahmen des Ausbaus von Energiepartnerschaften – bei konkreten Schritten zum Ausstieg aus der Kernenergie zu unterstützen, weiterzuverfolgen.
5. Österreich soll auf allen Ebenen einwirken, um einen europaweiten Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie zu bewirken.
6. Im Sinne einer glaubhaften Ablehnung der Nutzung von Kernenergie soll eine österreichweite Initiative für den forcierten Einsatz erneuerbarer Energien gestartet werden, insbesondere auch, was die Förderung der sogenannten erneuerbaren Energien angeht.

Zu allen Aktivitäten wird die Bevölkerung über die Medien informiert und wenn möglich, in die rechtlichen Verfahren eingebunden.

Die Vorarlberger Abgeordneten zum Nationalrat, Bundesrat und Europäischen Parlament werden ersucht im Rahmen ihrer Möglichkeiten diese Aktivitäten der Landesregierung zu unterstützen.

LABg Mag Siegfried Neyer  
LABg KO Dieter Egger  
LABg Gottfried Schröckenfuchs  
LABg Gebhard Halder  
LABg KO Dr Günther Keckeis  
LABg Dr Elke Sader  
LABg Sabine Mandak

**Angenommen in der 9. Sitzung des XXVII. Vorarlberger Landtages im Jahr 2001  
am 13.12.2001**